

Antrag

der Abgeordneten Sahra Wagenknecht, Sevim Dağdelen, Nicole Gohlke, Ulrich Maurer, Michael Schlecht und der Fraktion DIE LINKE.

Gerechtere Verteilung durch eine 75-Prozent-Reichensteuer für Einkommensmillionäre

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der französische Präsidentschaftskandidat der sozialdemokratischen Parti Socialiste, François Hollande, hat für Frankreich die Einführung einer Einkommensteuer i. H. v. 75 Prozent auf das Einkommen über 1 Mio. Euro jährlich gefordert.

Deutschland hat die Einführung einer solchen Steuer noch nötiger als Frankreich, denn hier war das Ausmaß der ungleicher werdenden Einkommensverteilung in den letzten beiden Jahrzehnten im internationalen Vergleich besonders hoch. Verdienten die obersten zehn Prozent in den 90er-Jahren noch sechs Mal so viel wie die untersten zehn Prozent, war es 2008 bereits acht Mal so viel (OECD „Divided we stand – Why inequality keeps rising“, Dezember 2011).

Noch weitaus stärker haben die Einkommen des obersten 1 Prozent und der obersten 1 Promille der Einkommensbezieher zugenommen. Bei diesen Personen speist sich das Einkommen fast ausschließlich aus Kapitaleinkommen. Und das wuchs in den letzten beiden Jahrzehnten deutlich stärker als das Einkommen. Laut dem Statistischen Bundesamt gab es im Jahr 2007 rund 17 000 Einkommensmillionäre in Deutschland. Diese Anzahl entspricht 0,04 Prozent aller Einkommensbezieher. Diese verfügten über ein zu versteuerndes Einkommen von zusammen knapp 53 Mrd. Euro bzw. 3,1 Mio. Euro durchschnittlich. Das war mehr als das 50-fache des durchschnittlichen Einkommens der oberen 10 Prozent. Es ist davon auszugehen, dass das tatsächliche Einkommen der Millionäre noch höher liegt, da das Kapitaleinkommen in der Regel signifikant unterschätzt wird.

Die sogenannte Reichensteuer in Höhe eines Aufschlags von drei Prozentpunkten auf den Spitzensteuersatz, 2005 von der Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD eingeführt, hat die fortschreitende Einkommenspolarisation in Deutschland nicht bremsen können; es war bloße Symbolpolitik. Das Aufkommen einer 75-Prozent-Reichensteuer für Einkommensmillionäre läge dagegen bei 5 bis 11 Mrd. Euro jährlich und übertrifft die sogenannte Reichensteuer der Großen Koalition um das Zehnfache.

Eine effektive Politik für mehr Einkommensgerechtigkeit ist auch aus ökonomischen Gründen nötig. Einkommen kann von den Haushalten entweder konsumiert oder gespart werden. Der Anteil des Einkommens, der für den Konsum ausgegeben wird, nimmt mit steigendem Einkommen ab. Deshalb hat die un-

gleicher werdende Einkommensverteilung in den letzten zwei Jahrzehnten das Wirtschaftswachstum strukturell gemindert und Kapital stattdessen in die Finanzmärkte geleitet. Die Mehreinnahmen aus der 75-Prozent-Reichensteuer für Einkommensmillionäre sollen vom Staat so verwendet werden, dass dies den untersten Einkommenschichten zugutekommt.

Durch die ungerechte Besteuerung der Einkommen in den letzten Jahrzehnten wurde das Vermögen in Deutschland immer ungleicher verteilt. Mehr als zwei Drittel der Gesamtbevölkerung besitzen kein oder nur ein sehr geringes Nettovermögen. Das oberste Prozent besitzt dagegen inzwischen knapp ein Viertel des gesamten Vermögens in Deutschland. Neben der 75-Prozent-Reichensteuer für Einkommensmillionäre ist deshalb eine Besteuerung der Vermögen ab 1 Mio. Euro nötig.

Der Antrag berücksichtigt auch die gegenwärtige Situation in Europa. Die Millionäre tragen die überwiegende Verantwortung für die Krise, werden aber im Unterschied zu allen anderen für die Kosten nicht zusätzlich in Anspruch genommen. Deshalb ist zumindest in der gegenwärtigen Phase eine solche Steuer notwendig und angemessen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
ein Gesetz zur Novellierung des Einkommensteuergesetzes vorzulegen, welches einen Grenzsteuersatz von 75 Prozent für zu versteuerndes Einkommen über 1 Mio. Euro vorsieht.

Berlin, den 7. Mai 2012

Dr. Gregor Gysi und Fraktion